

Kaukasische Post

КАВКАЗСКАЯ
ПОШТА

Die Geschäftsstelle befindet sich in der Wohnung des Vorstehenden des B. u. L. des Verb. d. transk. Deutschen, E. Tröbler, Tiflis, 2. Stadtteil, Subaloff-Strasse (frühere Malo-Schubraja) Nr. 11, 1. Etage.

Erscheint 2mal wöchentlich:

am Mittwoch und am Sonnabend
(vorläufig nur 1 mal wöchentlich am Sonnabend).

Geschäftstunden: werktäglich von 9—11 Uhr vorm. — Sprechstunde der Redaktion: daselbst — werkt. von 6—7 Uhr abends.

Nr. 34.

Tiflis, Mittwoch, den 21. Dezember 1921.

13. Jahrgang.

Fröhliche Weihnachten

wünscht allen Lesern, Freunden und Gönnern der „Kauk. Post“ in nah und fern die Redaktion.

Politische Nachrichten.

Deutschland. — Der Reichszentralrat Dr. Wirth hält es für wahrscheinlich, daß die Reichsregierung abermals eine Umbildung durch Erweiterung der gegenwärtigen Koalition (Verbindung der in ihr vertretenen Parteien) erfahren werde. Gewisse „einschneidende politische Gruppen“ müßten zur Mitarbeit in der Regierung hinzugezogen werden, um der Koalition „den Rücken zu stärken“. Welche Gruppen hierbei gemeint sind, ist aus den bisherigen telegraphischen Mitteilungen nicht zu erfahren. In der Moskauer „Pravda“ spricht der bekannte kommunistische Politiker Karl Nadek die Ansicht aus, daß die Mehrheitssozialisten nicht umhin könnten, sich mit den übrigen Arbeitergruppen (Unabhängigen und Kommunisten) zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen, und daß früher oder später ein reines Arbeiterministerium an die Stelle des derzeitigen linksradikalen Kabinetts treten werde. Nur ein solches würde imstande sein, das Reich nach außen und nach innen mit Erfolg zu vertreten, selbst wenn die Kommunisten weitergehend für die Arbeit in der Regierungsbildung eintreten würden. Ob aber der Reichszentralrat in seiner Bedeutung betr. Umbildung des Kabinetts sich gerade in einer der von Nadek vorgeworfenen ähnlichen Richtung auf die „unerschütterliche Notwendigkeit“ der Bildung einer legalistischen-kommunistischen Reichsregierung bewegt, ist noch für die Frage, solange die Mehrheitssozialisten in ihrer die Kommunisten ganz und gar ablehnenden Haltung nicht die geringste Neigung zeigen, in den radikalen Einheitsfronten gemeinschaftliche Sache zu machen, und es bleibt zu erwarten, inwiefern sich die Voraussage Nadeks bewahrheiten wird. — Die Frage des Moratoriums für die Liebergutmadurgeschulden der Monate Januar und Februar sowie die Frage der Anleihe sind noch in der Schwebe; ihre Lösung wird wohl erst nach der Begegnung Lloyd Georges mit Briand in London endgültig erfolgen.

Rußland. — Krassin hat Lloyd George und den engl. Handelsminister Horne besucht und von ihnen die Hilfe erhalten, daß die russische Frage gleichfalls Gegenstand der Besprechung mit Briand sein werde. Moskauer Nachrichten zufolge soll hierbei von Lloyd George die Anerkennung der Sowjet-Regierung in Vorschlag gebracht werden.

Oesterreich. — Die Abstimmung in Oedenburg (Szigetvár) betreffs einiger Bezirke des Burgenlandes hat, wie nicht anders zu erwarten war, eine große Stimmenmehrheit für Ungarn ergeben.

Von der Abrüstungskonferenz.

1.

Am 15. 11. gaben auf der Washingtoner Konferenz Delegierten Englands, Japans und Italiens ihre ersten Erklärungen ab. Sie wörteten wie ein kalter Wasserhahn auf alle diejenigen, welche sich der vagen Hoffnung hingeben hatten, daß es nun wirklich zur vollständigen

Abjagung aller Kriegswerkzeuge kommen werde. Die Politik dieser Glaubensfesten war allerdings nicht groß, und selbst Präsident Harding, welcher bekanntlich die Konferenz einberufen hat, scheint nur auf eine Herabsetzung der Rüstungen gesezt zu haben. Denn in seiner großen Einleitungsrede hatte er im Grunde genommen lediglich die allbekannten Phrasen der Pazifisten von dem „sehnlichsten Verlangen der Menschheit nach einem dauernden Frieden“, von dem „Schrei der ganzen Welt nach Freiheit und Gerechtigkeit“, von der „Unwürdigkeit des Ehrgeizes und der Habgier, die vernichtet werden müßten“, und dergleichen schöne Worte mehr wiederholt. Und wenn er auch die Wirklichkeit freiste und namentlich auf die Schulden hinwies, unter denen alle Völker, die am letzten großen Kriege teilgenommen haben, seufzten, und dann von der Notwendigkeit sprach, den nationalen Bestrebungen der Völker Rechnung zu tragen, so ist hierdurch der überwiegend träumerische Inhalt seiner Rede nicht nach der Seite des Realen hin abgeschwächt worden. Praktische Vorschläge zur Abrüstung oder gar zur völligen Entwaffnung der kriegsbereiten Nationen sind jedenfalls von ihm nicht gemacht worden. Das eigentliche Programm der Konferenz, wie es die amerikanische Regierung entworfen hatte, der Verammlung vorzulegen, blieb dem zum Vorsitzenden der Konferenz gewählten Chef der amerikanischen Delegation Staatssekretär Hughes überlassen. Nach diesem Programm sollen 66 Schiffe eintritten erster Klasse mit nahezu 10 Millionen Tonnen, und zwar innerhalb dreier Monate nach Abschluß des diesbezüglichen Abkommens, zerstört werden; ferner wird verlangt, daß die sogenannten „Capital Ships“, die größten Großkampfschiffe der Flotte, nicht mehr gebaut werden; drittens, soll während der nächsten zehn Jahre keine Einheits-erster Klasse auf die Welt gegeben werden dürfen; viertens, wird die Gesamttonnage an Unterseebooten festgelegt; fünftens, werden neue Regeln über die Verwendung von Handelsschiffen im Kriege gefordert usw. Wohl haben die neben den Vereinigten Staaten von Nordamerika zunächst in Betracht kommenden Mächte, England und Japan, im allgemeinen ihre Zustimmung zum Vorschlag ausgesprochen, aber die Einschränkungen, die von ihnen vorgeschrieben wurden, zeigen nur zu deutlich, daß diese Mächte durch die vermeintliche Zustimmung bloß einen Akt der Höflichkeit dem Vortragenden, als dem gleichzeitigen Verfasser des Programms, gegenüber im Sinne gehabt hatten. So erklärte der japanische Admiral Kato, zwar sei Japan bereit, auf dem Wege der Einschränkung seiner Flottenrüstung fortzufahren, es müsse jedoch „in Grenzen geblieben, die die Sicherheit des Staates gewährleisten“. Englands Vertreter, Balfour, hat die Zuhörer, sich doch die Stellung des britischen Reiches vorzustellen, das auch der Seehandel angewiesen sei, niemals, auch nicht in Friedenszeiten, mehr Vorräte im Land habe, als zur Ernährung für ca. 7 Wochen erforderlich sind, und das daher großen Gefahren ausgesetzt sei, da die Verbindung mit den Uberschüssen bei mangelhafter Ausrichtung zur See nur zu leicht von überwollender dritter Seite unterbrochen werden könnte“. Er sagte zum Schluß wörtlich: „Wir müssen Bürgschaften dafür besitzen, daß diese Sicherheit bestehen bleibt.“ Balfour formulierte auch einige seiner Vorbehalte, so hinsichtlich einer „Beschränkung in der Unterseeboot-Tonnage derjenigen Mächte, die von dieser Art Kriegsschiffe einen allzu ergiebigen Gebrauch machen“, ferner hinsichtlich der „Rüstungen zu Lande gewisser Länder, die für die Verringerung wären“, u. s. w. Mit anderen Worten — auch der Vertreter Englands winkte gleich dem Vertreter Japans ab. Die Reihe kam nun an Frankreich,

dessen Vertreter, Ministerpräsident Briand, sich durch obige Bemerkungen Balfours getroffen fühlte und — kurz vor seiner Abreise — der Konferenz die „bedrohliche Lage Frankreichs“ in den größten Farben zu schildern nicht verabsäumte. Frankreich, sagte er, habe in den Tagen von Versailles eine englische und eine amerikanische Zusage für den Abschluß eines Waffenbündnisses erhalten, durch das seine Sicherheit verbürgt werden sollte; da dieser Plan aber gescheitert sei, so sehe Frankreich sich nun gezwungen, sein Heer zum Schutze der ungenügend gesicherten Grenzen in der bisherigen Stärke beizubehalten, es sei denn, daß „die Konferenz in aller Form Frankreich zu schützen sich verpflichtete“. Was aber die Frage der Verringerung der Unterseeboot-Tonnage anlangte, so konnte Frankreich aus dem räumlichen Grunde seiner ungenügenden Verteidigungsmöglichkeiten gegen Ueberfälle mächtigerer Staaten auf den Vorschlag Balfours nicht eingehen.

Das amerikanische Programm der Abrüstung zur See hat, nach obigen Erklärungen zu urteilen, also wenig Aussicht auf Erfolg. Wenn es aber doch zur Ausföhrung gelangt, würden England, Amerika und Japan inamerhin noch über bedeutende Seestreitkräfte verfügen, und zwar, wie dem „Berl. Tagbl.“ von seinem Washingtoner Berichterstatter gemeldet wird, über folgende Bestände: a) England — bei einer Veranigerung von 5587, Tausend Tonnen — über 22 große Schlachtschiffe mit einem Tonnengehalt von 664, Tausend; b) Amerika über 18 solcher Schiffe mit einem Tonnengehalt von 5907, Tausend und c) Japan über 10 mit 300 Tausend Tonnen. Nach Ablauf der vorhin erwähnten 10 Jahre, während welcher keine erstklassigen Kriegsschiffe mehr gebaut werden dürfen, hätte England den noch 164, Tausend Tonnen zu zerstören, um gleich Amerika nicht über mehr als 500 Tausend Tonnen zu verfügen. An welche Werte es sich bei der Zerstörung der 2 Millionen Tonnen, die nach 3 Monaten erfolgen soll, handelt, mag danach ersehen werden, daß die Vereinigten Staaten allein schon für 350 Millionen Dollars Schiffsraum zu vernichten hätten.

(Fortf.)

Sowjet-Rußland.

(Außenpolitische) — Folgen des russ.-englischen Konflikts — Ausblicken auf Freigabe des Außenhandels.)

Die vom Hamburger Welt-Wirtschaftsarchiv herausgegebene Zeitschrift „Weltwirtschaftsdiens“ enthält in einer ihrer letzten Nummern folgende Betrachtung:

Die außenpolitische Lage der Sowjetrepublik hat sich in der letzten Zeit infolgedessen verschlechtert, als dieser von allen Seiten neue Gefahren drohen, Bewicklungen, ja vielleicht sogar Kriege. In Moskau sieht man den Lauf der Dinge (in vereinheitlicher Weise dargestellt) etwa so: die Hungerkatastrophe hätte in föhrenden kapitalistischen Kreisen Frankreichs die Hoffnung genährt, den Zusammenbruch der Sowjetherrschaft demnächst erwarten zu dürfen; um diesen zu vermeiden, hegt man nun Polen und Rumänien auf Rußland. Die Ernennung Koulens zum Vorsitzenden des Hilfskomitees bedeute tatsächlich nichts anderes als die Gründung eines antibolschewistischen Generalstabes. Die alte Interventionspolitik sei also wieder aufgelegt, was auch daraus ersichtlich sei, daß von Versailles aus die Todfeinde des Sowjetstaates, der Ukrainer Petljura und der Russe Sawinkow, mit ihren Banden in Südrußland eingefallen seien. Das proletarische Volk Rußlands werde sich jedoch zu wehren wissen,

und die roten Armeen seien bereit, die Ränke des Kapitals zu zerschmettern. Kriegspropaganda erdicht also wieder im Osten, und Trozki's Politik findet abermals, wie so oft schon, eine indirekte Unterstützung durch den Interventionswahn französischer Saltpater. Es ist das alte Lied: sobald die Sowjetregierung einmal in Not gerät, tatsächlich erschläft, kommt ihr von außen neue Hilfe durch die Ungeheuerlichkeit ihrer Feinde! Die radikalen Elemente haben nun aufs neue Veranlassung, im eigenen Lande wie im Auslande zum Schutze des gefährdeten Kommunismus, der Revolution usw. aufzurufen. Beweis mußte die Radikalisierung des politischen Kuriers in Rußland manche Beschränkungen wachrufen; diese Reaktion aber ist ohne Zweifel die lächerlichste, denn sie ist ein Spiel mit dem Feuer. Der politische Bolschewismus machte stets noch aus ihnen sein Geschäft. So dürfte es auch diesmal kommen, wenn nicht der Winter vor der Tür stünde, der einen Feldzug, Interventionen usw. sogar wie unmöglich macht. Die aggressiven Absichten der Interventionisten dürften daher wohl nicht allzuweit gediehen — Um so größer sind die Aussichten, die sich der Wiederbelebung der bolschewistischen Propaganda der Weltrevolution bieten. Man unterscheidet diesen Hauptfaktor sowjetischer Außenpolitik nicht: die diplomatische Regie der Kommissare ist den Politikern der bürgerlichen Welt ohne Zweifel überlegen. Wie England dies in Mittelasien erneut zu spüren bekam: Die Bolschewisten haben in Afghanistan, Persien, China und Bucharja ihren Einfluß verhärtet und sich näher an die Grenzen Indiens herangeschoben. In der nächsten Zeit steht ein neuer Rangreiß der revolutionären Mohammedaner bevor, der die Arbeit von Aka fortsetzen soll und als Gegenstück zur Washingtoner Konferenz gedacht ist. Da zudem noch das Bündnis der Bolschewisten den Türken Erfolg gebracht und ihnen nicht unwesentlich dazu verhalfen hat, die Griechen zurückzuschlagen, so kann man wohl die Sorgen der Engländer und die Jähzornigkeit der Sowjetleute verstehen. In Mittel Asien gehen Dinge vor sich, deren welthistorische Bedeutung schon heute erkennbar zu werden beginnt: Rußlands Einfluß ist größer als zu den Glanzzeiten des Zarismus, da damals jeder weiteren Ausbreitung russischer Macht der unüberwindliche Gegenstand zum osmanischen Reiche entgegenstand. Die Fehler der Entente, die im Vertrage von Sèvres ihren härtesten Ausdruck fanden, verhalten den Bolschewisten zum Bündnis mit den Erbfeinden vieler Jahrhunderte: nun ist die Kugel ins Rollen gekommen, die Lord Curzon mit seinen Notizen nur schwerlich aufhalten dürfte. Es sei denn, man entschleße sich in London zum Abbruch aller Beziehungen mit Rußland und zu einer neuen Blodade Sowjetrußlands. Denn der Abbruch der diplomatischen und Handelsbeziehungen allein trifft heute die Herren des Kreml nicht allzuschwer. Es ist seit langem kein Geheimnis mehr, wie

stark die Enttäufung in beiden Ländern über den geringen Umfang des englisch-russischen Handels ist. Da erit kürzlich die Verhandlungen über eine neue russische Anleihe resultatlos verliefen, so wendet sich das Interesse des Kommissariats für Außenhandel nicht wie bisher in erster Linie England, sondern Amerika, Skandinavien, Holland, Italien, den Balkanstaaten und vor allem Deutschland zu. Krassin hat dies ausdrücklich in Moskau erklärt und bei seinem jüngsten Aufenthalt in Berlin sich nachdrücklich bemüht, für seine Pläne das Interesse deutscher Großunternehmer hervorzuheben. Da in Rußland ein Exportfonds nicht vorhanden, der Goldfonds erschöpft ist und die Konzeptionspläne sich nicht von heute auf morgen realisieren lassen, so steht die Kreditfrage auf dem ersten Plane. Die Möglichkeit der Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Rußland, der Annahme von Industrieverträgen, der Lieferung von Zahlungsmitteln usw. reduziert sich aber auf die Gewährung beschränkter, befristeter Kredite, als Vorstufe zur Bezahlung der zu liefernden Waren. Diese Kredite könnten wohl nur den Stadtverwaltungen, Kommunen, landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbänden, Konsumvereinen, industriellen Gewerkschaften und Privatfirmen eingeräumt werden. Es wären also rein praktische Verhandlungen mit kompetenten Persönlichkeiten der russischen Wirtschaft über den Abschluß einzelner konkreter Geschäfte zu führen. Mit den Vertretern des Kommissariats für Außenhandel allein lassen sich solche Abmachungen gegenwärtig nicht mehr treffen, denn die Sowjetregierung wird sich bei dem freigeordneten Handel und den der privaten Initiative und Bewirtschaftung überlassenen Produktivkräften also dazu entschließen müssen, das de facto unhaltbare Außenhandelsmonopol aufzuheben oder es in praxi so einzuschränken, wie die Lage der Dinge dies verlangt. Das Außenhandelsmonopol hatte das Vorhandensein eines Goldvorrates und eines Exportfonds zur Voraussetzung — seit diese nicht mehr vorhanden sind, ist es widersinnig. Verhandlungen über Geschäfte dieser Art zum Zwecke der Ermöglichung eines Austauschhandels setzen weitgehende Kenntnis der russischen Verhältnisse, ein eingehendes Studium der gegenwärtigen wirtschaftlichen Methoden sowie von Land und Leuten voraus. Man wird dabei zurückgreifen haben auf mancherlei Hindernisse, aus dem Friedenszeitalter, in besonderer Maße als gerade die Elemente berückichtigen, mit denen man es früher zu tun hatte. Das russische Geschäft verlangt somit Voraussetzungen und Eigenschaften, die bei der englischen Geschäftswelt nicht ohne weiteres gegeben sind, für Deutschland jedoch in erhöhtem Maße zureichen. Deutsche Unternehmer und deutsche Organisationen kennen Rußland tatsächlich am besten und stehen den ungeheureren Aufgaben, an die wohl demnächst schon herantreten werden kann, nicht so fremd und unvorbereitet gegenüber wie Engländer,

Franzosen und Amerikaner. Rein geringere wie J. M. Keynes hat dies bezeugt und bewiesen, wie sehr es im Interesse Englands — und der Welt — liegt, den Zug zu beschleunigen, wo deutsche Agenten und Organisatoren in der Lage sein werden, in einem russischen Dorf die gewöhnlichen wirtschaftlichen Antriebe wieder in Tätigkeit zu setzen. Gibt die russische Regierung, wie dies in den „Jawestija“ bereits gefordert wurde, den Außenhandel frei, dann ist es nicht weit mehr zu diesem Zuge, wo die Deutschen erst mal ins russische Land fahren könnten, um die Arbeit zu beginnen.

Deutschland — Rußland.

Es ist gegenwärtig in der Presse aller Länder, insbesondere aber in der deutschen Presse, viel die Rede von: Wiederaufnahme der wirtschaftlichen, in erster Linie natürlich der Handelsbeziehungen zu Rußland, von der Notwendigkeit, die russischen Rohprodukte zu erfassen, um nicht nur Deutschland, sondern auch das übrige Europa vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zu bewahren, von dem Plane der englischen Regierung, mit deutscher Hilfe Rußland wieder aufzubauen, damit das zerstörte wirtschaftliche Gleichgewicht in der ganzen Welt hergestellt würde, usw. Es dürfte daher im Interesse unserer Leser liegen, die Ansichten eines Mannes über die Wiederbelebung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Deutschland und Rußland, zwecks gegenseitiger Unterstützung in wirtschaftlicher Hinsicht kennen zu lernen, der uns besonders nahe steht, nämlich des hiesigen Deutschen Gesandten Ulricz auf seiner, und das um so mehr, als diese Ansichten nicht erst vor heute datieren, sondern bereits im Herbst vorigen Jahres öffentlich ausgeprochen und dann im Druck wiederholt wurden, als der Genannte noch nicht wußte, daß seine Ernennung hierher bevorstand und er nun genötigt sein würde, dem russischen Problem in praxi näher zu treten, um die deutsch-georgischen Interessen mit den deutsch-russischen möglichst in Einklang zu bringen.

Wir entnehmen jene Meinungsäußerung der im Verlage für Politik und Wirtschaft G. m. b. H., Berlin W 35, erschienenen, 61 Seiten starken Brochure: „Paris — Moskau in Deutschlands Außenpolitik“, die auf dem Büchermarkt leider, soweit uns bekannt, nicht mehr erhältlich ist, da sie schon bald nach ihrem Erscheinen vergriffen war. Es heißt darübr wie folgt (S. 38 ff.):

„Der russische Botschafter (auf Polen) war provoziert durch den unerhört törichtsten polnischen Einfall in der Ukraine. Alle Kriege, welche die Sowjet-Republik bis dahin geführt hatte, waren Bürgerkriege; kein Staat hatte das Recht, sich dabei einzumischen. Deut führt sie ihren ersten Krieg gegen eine auswärtige Macht und läßt dabei das Scheitern aus, das die Bündnis-Konstellation der Nach-

Bildung kennzeichnen, einer Bildung, die, ohne den lebendigen Zusammenhang mit der Vergangenheit aufzugeben, dennoch aus dem Geist unserer Zeit geboren ist und aus dem Verständnis des umgebenden Lebens sich nähert, eine Betrachtung über „Gott und die Staatsmänner“ mit Zugrundelegung des Spruches Salomos: „Es ist Gottes Ehre, eine Sache vergeben, aber der Könige Ehre ist es, eine Sache erlöschen“ (25, 2), angefaßt, die in unseren Tagen vielleicht noch zeitgemäßer erscheint, als in jenen Tagen, wo sie niedergeschrieben wurde, und die wir daher unseren Lesern als passende Anregung zu ernstem Nachdenken in der ruhigen Weihnachtszeit nicht dringend genug empfehlen können.

Die Betrachtung lautet: „Was mag der Mann gedacht haben, der diesen kurzen Spruch schrieb? Gewiß nichts Überflüssiges. Unter den vielen alttestamentlichen Sprüchen, die eine trabe Alltagsweisheit verkünden, ragt ein Wort wie dieses hervor wie ein fein geschnittener Marmor aus einem feilen verwitterter Ziegel. Der alte Spruchdichter vergleicht den Beruf Gottes und des Königs aber keineswegs in der herkömmlichen Weise, daß der König ein irdisches Abbild des gewaltigen Weltregenten sei, sondern, tiefer grabend, gelangt er zu einem Urtafsidee, der geradezu ein Spiel des Ewigen mit den Staatsmännern der Sterblichen enthält. Versuchen wir auf unsere Weise in dieses Spiel hineinzuschauen!

Was der alte Spruchdichter Gott nennt, wird von den heutigen Weltkindern die „Ewigkeit“ genannt.

Alle Dinge haben gewisse Endziele in sich. Jedes Volk hat sein Geschick in sich selbst, in seiner Naturanlage, Vorgeschiede und geistigen Gesamtrichtung. Jedes Zeitalter hat seine Strömungen, jede Bevölkerungsrichtung ihre Interessen. Aus allen neuen Entdeckungen und Erfindungen entstehen neue Zustände. Erleben wir es nicht in geradezu überwältigender Weise, wie in kurzer Zeit ganz neue Gestaltungen des Menschenlebens emporquellen? Von allen Seiten schieben sich neue Kräfte in das alte Wesen hinein, neue Daseinsformen, neue Gedankengänge. Wo will das hinaus? Der einzelne Mensch ist so klein inmitten der werdenden Dinge. Er wagt es kaum, sein eigenes Leben verstehen zu wollen. Das Kommen ist sein Rätsel. Immer neue Verwickelungen sind seine Umgebung. Wie Esberge schwimmen kommende Gefahren gegen das Schiff unserer Gemeinschaft. Wie Gebirgsdäunen verfallen die Zukunftsaussagen unsere Hütte. Trotz aller Geschichtskennntnis stehen wir der Zukunft ratlos gegenüber. Gottes Ehre ist es, der Menschheit stets neuen Stoff des Kampfes, stets neue Aufgaben zuzuführen. Gottes Kunst ist es, aus alten Verwickelungen immer neue werden zu lassen, damit die Menschheit nie fertig sei, nie zur Ruhe kommt. Die Menschen stehen unten am Ausfluß eines Getriebes, in das oben immer neuer Nachstoß hineingepumpt wird. Haben sie eine Last fortgesetzt und verarbeitet, so rollen bereits neue Lasten auf ihre Hände. Wer kann das organisieren, was erst kommt?

Diesem geheimnisvollen Vorausquellen der Zukunft aus der Ewigkeit stehen die Staatsmänner gegenüber. Ihre

F e n i l l e t o n .

Weihnachten.

Weißer Flächchen Schwerefall,
Stille Klarheit über ll,
Stodckenlang und Schellenklingen,
Mäulchen, die vom Christkind singen,
Flammen, die von grünen Zweigen,
Stäubig, strahlend aufwärts steigen,
Und im tiefsten Herzen drinnen
Ein Erinnern, ein Besinnen . . .

Neige dich mein Herz, und bete,
Daß das Christkind zu dir trete,
Auch in deiner Schwachheit Gründen
Eine Flamme zu entzünden,
Die das Ringen deiner Tage
Stäubig strahlend aufwärts trage.

Anna Ritter.

Die Macht des Unbekannten.

Eine Weihnachtsbetrachtung.

Der als Begründer der christlich-sozialen Arbeiterpartei bekannte Politiker Friedrich Raumann, von Beruf Pfarrer, hat an einer Stelle seiner zahlreichen Schriften, die ihn als Pfadfinder und vorbildlichen Vertreter einer spezifisch modernen und durchaus deutschen

Kriegszeit regiert. Und hier zeigt sich etwas, das besser als alles andere beweist, wie sehr der Krieg und der Vertrag (tatsächlich, nicht gefühlsmäßig) schon Bergangenheit geworden ist. Auf der polnischen Seite stehen unzweifelhaft Frankreich — und Ungarn. Und auf der andern, nicht der russischen, sondern auf der Seite, die bereits wieder ihre berechtigungsgeosaischen Interessen entdedt, und die festgestelt hat, daß sie sich mit denen der „großen Entente“ nicht werden, daß dies unnatürlich, weil aus diesen heterogenen Gründen und zu den widerstreitenden Zielen einmal möglich gewesene Kriegsblüthen längst überholt ist, — auf dieser andern Seite stehen Tschecho-Slowaken, Rumänen, Südslaven, halb gegen Polen, halb gegen Ungarn. Nicht Italien, von gewissen Bedingungen des Versailleser Vertrags bedroht und gegen Rußland absolut Gewähr bei Fuß, nicht zu reden von der ehemals neutralen Welt, die für dieses Erwachen Polens als des neuesten Kaufbolts gewiß nichts übrig hat. Was keine Diplomatie und keine Kriegskunst fertig bringen konnte, hat der Vertrag, als er sich anzunehmen begann, erreicht, und hat die Ungewißheit der russischen Entwicklung wie Säure auf Ladmuspapier in Erscheinung treten lassen; die Unhaltbarkeit einer deutschen Einkreisung auf die Dauer, die unverföhnliche Persönlichkeitsartigkeit der einstigen Kampfgenossen nach Weg und Ziel.

All diese Erscheinungen tauchen in Oden auf. Nach Westen ist die Welt auf absehbare Zeit fest; nach Westen liegt unser leichtest verwundbare Flanke. Diese zwei Tatsachen müssen unsern Weg vorzeichnen und unser Tempo regeln. Ein drittes kommt hinzu, weniger als Tatsache —, sondern als System. Sjawet-Rußland kämpft, um die Polen aus seinem Gebiet zu verjagen. Seine Truppen zielen nach Westen. Es hat die Größe des ethnographischen Polens nicht anzutasten versprochen. Es hat aber gleichzeitig stets den Versailleser Vertrag als für sich unverbindlich erklärt. Wenn man absieht von der direkten Ursache seines Kampfes, wenn man um einen Schritt in der geschichtlichen Tatsachenerreife zurückgeht, die Absicht der Entente bei der Errichtung Polens als eines Bollwerks zwischen Rußland und Deutschland berücksichtigt und die aggressive Tendenz, die dadurch Polen bei der Geburt eingeeimpft worden ist und die es nach Kiew ebenso wie jetzt nach Oberösterreich geführt haben, so ist der Sinn des russischen Feldzugs, aus dem Militärpolitischen ins Weltpolitische überleit: der Drang nach einer deutsch-russischen Grenze, die Zurückverweisung Polens vom unnatürlichen Nennnis auf seine berechtigte ethnographische Aufgabe! Der Drang nach Westen, der einst das panlawische Rußland, noch im Besitz des polnischen Kaufmannsgebietes, beherrschte, hat einen neuen legalen Sinn bekommen: er wehrt sich gegen künstliche Konstruktionen, er will nicht mehr nach Osten, sondern zu Deutschland!

Es gibt nur eine Folgerung aus all diesen Feststellungen:

Aufgabe ist es, die Formen der Vergangenheit vor dem Verschüttetwerden durch die Zukunft zu schützen. In allen Umwälzungen der Geschichte sollen sie die bereits gemonnenen Werte erhalten, Dämme bauen gegen Fluten, die sie noch nicht sehen, Mauern gegen Feinde, die sie kaum erst von ferne hören. Wer die Zukunft am besten vor aus erkennen kann, wird siegen. Wer die Entwicklung am richtigsten versteht, kann mit ihr rechnen. Zwischen lauter halb erkannten Möglichkeiten soll man sich für bestimmte Maßnahmen entscheiden. Nur große prophetenhafte Geister sind dieser Aufgabe würdig geworden. Die Ehre der Staatsmänner ist es, eine Sache, die Gott entwickelt, zu begreifen. Deshalb sind auch alle großen Staatsmänner in irgend einer Weise göttgläubig, selbst wenn sie allen Priester glauben weit von sich geworfen haben. Sie stehen der Macht des Unbekannten direkt gegenüber. Die Grenzen ihrer Kunst sind ihnen deutlich. Was kann man machen innerhalb des allgemeinen Weltens? Kann man dem Sturm gebieten, wie er wehen soll? Wie muß man die Segel spannen, damit der Wind uns günstig sei? Gott weiß es, aber sagt es nicht. Er läßt die Menschen suchen und raten. Die einen haben Glück und finden das Rechte, die anderen werden ins Meer geworfen. Gott aber häßt Ueberrückung auf Ueberrückung. Das ist seine Egre!

lungen: sofortige Aufnahme der diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland, vor aller Öffentlichkeit, ohne jedes militärische Scheitern. Es muß ein einzeln sein, wer dort herrscht. Die Zeit des Bürgerkriegs ist vorbei, Rußland hat sich unter Trostki-Brußilow zur nationalen Verteidigung zusammengelassen. Das Gebot der Stunde, ganz unabhängig vom Ausgang des polnischen Feldzugs heißt: Wiederbeziehung Rußlands in die außenpolitische Weltverflechtung.

Es muß zuerst betont werden, daß solch ein entschlossener Schritt Deutschlands ein Verdienst um die ganze Welt wäre. Wir wären dabei vielleicht die Clerks der Entente; aber das ist die einzige Möglichkeit, nicht ihr Soldner zu werden. Gerade ein polnischer Waffenruf über ein gewisses Maß könnte die Gefahr im Osten unermeßlich vergrößern. England und Frankreich sind heute schon gegenüber Moskau einiger als seit langem. Ganz sind die Ideen vom Kreuzzug gegen den Bolschewismus nicht verkommen. Waffenruf schafft Anhänger, drängt politische Erwägungen zurück, läßt auf rasche, gewalttätige Regelung dessen hoffen, was man sich schon entschlossen hatte, in mühevoller, langamer Verhandlung zu ordnen. Ist der Bolschewismus militärisch doch zu treffen? Je nachdem diese Frage, unter dem Eindruck einer siegreichen polnischen Gegenoffensive, in Paris und in London beantwortet wird, entscheidet sich das deutsche Schicksal. Was man für ein verloren scheinendes Polen nicht auf sich nehmen wollte, eine Forcierung der deutschen Neutralität, kann für ein siegreiches des Einsages wert sein. Welche Kräfte würden bei diesem Anstehen in Deutschland auslösen? Wer wäre stärker? Neutralisten oder Interventionisten? Wohin sähe das reinweg antisowjetische Bürgertum? Oder, bei einer Verweigerung passiver oder aktiver Mitwirkung: griffe die Entente zu Zwang? Wo begänne, wo endete er? Wie würde die in den nächsten unerfüllbaren Paragraphen des Vertrags enthaltene Möglichkeit, Deutschland jederzeit irgendeiner Vertragsverletzung bezichtigten zu können, für solche Depressionalien ausgenutzt werden? Kommt dann die Stunde des Ruhrgebietes oder Dährenheers oder der Mainlinie?

Es kann gar nicht ernst genug gesagt werden: die Frage nach der Stellung der Entente Rußland gegenüber ist die Schicksalsfrage Deutschlands. Sie würde nicht unaktuell oder gegenstandslos, wenn zum Beispiel der Kampf zwischen Rußland und Polen als Remis endete. Es kommt darauf an, was an seinem Schluß in Entente, vor allem in französischen Kreisen, für nächsten Herrschen über die Möglichkeit militärischer Erfolge gegen Rußland. Durch die Anerkennung Wrangels hat Frankreich prinzipiell seinen Willen, in den innerrussischen Kampf einzugreifen, und zwar mit kriegerischen Mitteln, kundgegeben. Es ist nur ein Grad, kein Prinzipien-Unterschied, ob es dies mit Munitions- oder Truppen-Sendungen, nur vom Süden

Karl Wergenthaler .†.

D. A. Z. — In Württemberg starb am 22. Oktober ein verdienter Auslanddeutscher, Karl Wergenthaler, der als geborener Württemberger gleich nach den Seminarjahren hinauszog und in das damals wenig bekannte Konstantinopel ging, um an der kleinen deutschen Bürgerschule eine Lehrstelle anzunehmen. Er machte dann den Ausbau zur Real- und höheren Mädchenschule und zur Oberrealschule in treuer Pflichterfüllung mit und blieb auf seinem Posten, bis den alten, aber noch rüstigen Herrn die Engländer und Franzosen nach Hause sandten. 46 Jahre lang war er ein treuer Hüter deutschen Geistes in Konstantinopel, war ein stets gern gesehener Gast und anregender Förderer der deutschen Vereine dort, war er auch ein Schriftsteller, der in heimischen Blättern vorzüglich über seine Tätigkeit und über die Verhältnisse in der Türkei zu plaudern wußte. In der Heimat erwartete den alten Herrn graufame Enttäuschung. Die Entschädigung für seine zurückgelassene Habe fiel mager aus. Eine geradezu jammervolle Pension konnte das Auswärtige Amt wenigstens etwas ersetzen, aber es langte nicht zum Leben und war zu viel zum Sterben. Der alte Lehrer veräußerte die traurige Lage handhast zu ertragen, aber die Ungewißheit und die schlechten Ernährungsmöglichkeiten haben ihn schließlich doch gebrochen, so daß er jetzt unerwartet schnell, im 69. Lebensjahre, verstorben. Karl Wergenthaler ist ein leuchtendes Beispiel treuer deutscher Pflichterfüllung, aber sein Schicksal ist auch eine Mahnung an die deutsche Regierung und das deutsche Volk, Dankbarkeit nicht nur in Worten zu versichern, sondern sie in Taten zu üben

unter einem russischen General, oder etwa auch über Danzig in eigener Regie machen will. Von den Lehren des polnischen Feldzugs hängt viel, wenn nicht alles ab. Vor allem unsere Zukunft als Bindige oder als Schlichter zwischen Oden und Westen. (Schluß folgt.)

Französische Hezereien.

D. A. Z. — Die Deutschen Großrumänien hielten kürzlich ihre Tagung in Czernowitz ab, die die geschlossene Einmütigkeit des gesamten Deutschlands Großrumänien in allen Fragen der kulturellen Rechte der Minderheiten ergab. Auch einzelne reichsdeutsche Studenten, die zuvor an den deutschen Ferienhochschulen in Hermannstadt teilgenommen hatten und nun noch Studienreisen in die einzelnen deutschen Siedlungsgebiete unternahmen, waren anwesend. Der Hauptanwalter des Verbandes, Abgeordneter Dr. Roth, sagte dabei in seinen programmatischen Ausführungen: „Auch eine Brücke wollen wir schlagen helfen nach dem Deutschen Reiche, zu kulturpolitischen Zwecken, nach Deutsch-Oesterreich, den Deutschen in der Tschechoslowakei, in Polen und Rußland und dem Gesamtdeutschtum in der Welt.“ So bezeichnet die Stelle der uns vorliegende Renographische Bericht. Der „Tempo“ aber läßt sich aus Bukarest telegraphieren, daß man den Gruß der Vereinigten Deutschen Großrumänien „à l'empire allemand“ übermittelt habe, welchem man raschellen Weideraufbau wünsche, damit er seine Mission in der Welt erfüllen könne. Delegierte von Berlin, Wien und der deutschen Schweiz hätten an dem Kongreß teilgenommen. Was hätten sie auf einem Kongreß rumänischer Bürger zu suchen? Der „Tempo“ greift begierig eine Auslassung des „Adverul“ in Bukarest auf, wenn man Deutschland wünsche, daß es seine Rolle in der Welt wieder spielen solle, so beleidige man den rumänischen Staat und provoziere seine Verbündeten. Wie groß muß doch die Angst vor diesem Deutschtum sein, wenn man dertatig vor ihm zittert!

Deutsche Schulen in Jugoslawien.

Im jugoslawischen (serbischen) Verfassungsentwurf waren Schulpflicht vorgesehn, die den Bestand der deutschen Mittelschulen dort gar nicht in Frage stellen. Der äußerst rege und tätige deutsche Kulturbund wurde aber sofort vorkellig und drang auf Abkellung dieser Maßregelung. Dem Bundessekretär ist nunmehr von dem Schulereserenten mitgeteilt worden, der Entwurf sei dahin geändert worden, daß der ungeschälerte Bestand der dortigen deutschen Mittelschulen gesichert erscheine. Die bisher erlassenen gegenteiligen Verordnungen sind gleichzeitig aufgehoben worden. Des weiteren wurde in Aussicht gestellt, daß in den Präparanden Anstalten *) zu Wersche u. Neufach

*) Vorbereitungsstellen für Volksschullehrer.

Der Brand des Ritterchaftshauses in Niga.

D. A. Z. — Das im Jahre 1863 von Peteraburg Architekten Pflug zusammen mit dem Ritterchafts-Architekten Sivens erbaute prächtige Ritterchaftshaus in Niga, in dem zurzeit die lettlandische Kontinuanten untergebracht ist, ist das Opfer einer schweren Brandkatastrophe geworden. Sein prächtiger Festsaal von 21 Meter Länge, 12 1/2 Meter Breite und 10 Meter Höhe, in dem Festlichkeiten, wie auch Landtagssitzungen stattfanden, ein prächtiger Saal im Stile der italienischen Spätrenaissance, ist schwer beschädigt worden. Die prachtvolle kassettierte Decke, zum Teil auch die wundervollen Wappen der livländischen Ritterchaft an den Wänden, sowie der bronzene Dekontenleuchter scheinen zerstört zu sein. Damit ist ein Saal von historischer Bedeutung verschwunden, in dem einst der livländische Adel tagte, späterhin russische Offiziere nach dem Sturz der Zarregierung sich versammelten, dann die deutschen Militärs der Okkupations-Armee sich aufhielten — deutsche Prinzen wohnten zum Teil in dem Gebäude — endlich in der Volkshoheitigkeit die breiten Massen das Gebäude benutzen, bis die lettische Regierung es für sich requirierte und der Präsident des Landtags in ihm Wohnung nahm. Im Festsaal sollte abends ein parlamentarischer Kont stattfinden, und man vermutet, daß Brandwerkter, die Möbel vom Boden herabgestoßen, durch Unachtsamkeit das Feuer verschuldeten. Die Kaiserkrone haben auch den vom Feuer weniger mitgenommenen Teil des Gebäudes schwer beschädigt.

für die deutschen Lehramtskandidaten Lehrgänge für die Methodik des deutschen Sprachunterrichts eingerichtet werden. „So sind nun wohl die Vorbedingungen geschaffen,“ schreibt die „Allg. litth. Ztg.“, „der wir vorstehende Mitteilung entnommen haben, um den deutschen Schulen u. somit der deutschen Kultur in Jugoslawien eine freie, harte Entwicklung sicherzustellen.“

Südslawien.

Die „Frankf. Ztg.“ berichtete unlängst von der Gründung einer Deutsch-Südslawischen Gesellschaft in Frankfurt a. M., welche den Zweck verfolgt, durch wissenschaftliche Vorträge, literarische und musikalische Abende, Ausstellungen, Veröffentlichungen usw., aber auch durch persönliche Kontakte dem deutschen Volke die Kultur des südslawischen Volks nahe zu bringen und so eine kulturelle Brücke zwischen den beiden Völkern zu schlagen. Politische Bedeutung hat die neugegründete Gesellschaft nicht, imperialistische Bestrebungen liegen ihr fern: sie ist also nicht von der Art zwischenstaatlicher Gründungen, wie sie während des letzten Krieges vielfach zu verzeichnen waren.

Auf der Gründungsversammlung wurden mehrere interessante Vorträge gehalten, über welche die genannte Zeitung wie folgt berichtet:

a) Ueber die Entwicklung der südslawischen Sprachen.

Professor Vommel von der örtlichen Universität gab einen historischen Ueberblick über die Entwicklung der südslawischen Sprachen, auch vom nationalen Gesichtspunkt aus: Zum ersten Mal hat den Namen Südslawien August v. Schöffer als geographischen Begriff um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts aufgestellt. Der jetzt neugebildete südslawische oder jugoslawische Staat umfaßt aber nicht alle südslawischen Völker, da die zu den Südslawen gehörenden Bulgaren ein eigenes Staatswesen bilden. Ein Mitglied zwischen dem serbischen und bulgarischen Sprachstamm stellen die Mazedonier dar, bei denen aber sprachwissenschaftlich noch nicht festgestellt ist, ob sie in der Hauptsache bulgarischen oder serbischen Ursprungs sind. Es gibt auf südslawischem Gebiet noch sechs verschiedene Schriftsprachen, praktisch aber eigentlich nur zwei. Die kroatische und serbische Sprache sind fast nur noch durch die Schrift verschieden, da die eine die kyrillischen, die andere die lateinischen Schriftzeichen benützt. Dazu kommt noch die slowenische Schriftsprache, die aber auch nicht so verschieden von der serbisch-kroatischen ist, um ein Hindernis für den politischen Zusammenschluß zu bilden. Wie sich Bulgarien in der Zukunft zum südslawischen Staat stellen wird, ist noch eine offene Frage.

b) Die wirtschaftlichen Verhältnisse Südslawiens.

Herr Dr. Schwarze gab einen Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse Südslawiens, eines Gebiets von 200 000 Quadratkilometern mit 16 Millionen Einwohnern. Wenn die Deutschen heute danach streben, in engere Wirtschaftsbeziehungen zu Südslawien zu treten, so handelt es sich nur um die Wiederaufnahme uralter reger Handelsbeziehungen zwischen dem Balkan und deutschen Handelsstädten. Die Gebirge Südslawiens enthalten reiche Mineralvorkommen, die größtenteils noch der Erschließung harren. Auch befinden sich große Kohlenlager und Wäldungen in Südslawien, besonders in Serbien. Die starken Wasserkräfte sind noch völlig unausgenutzt, sowohl für die Schifffahrt wie als Kraftquelle. Die Transportschwierigkeiten sind sehr groß. Das hat bisher die Ausfuhr des prächtigen Marmors von Studenitzka verhindert, der dem karatischen gleichkommen dürfte. Die Schätze des Adersbodens sind noch lange nicht genügend ausgebeutet. Bei intensiverer Bodenbestellung läßt sich die landwirtschaftliche Produktion bedeutend vermehren. Reis, Weizen, Reis, Tabak werden in vorzüglicher Qualität angebaut. Dazu kommen die subtropischen Früchte, Datteln, auch Wein von ausgezeichneter Beschaffenheit. Viele serbischen Weinbauern haben sich in Deutschland, besonders in Gießenheim, ihre Ausbildung geholt, wie überhaupt die deutsche Wissenschaft und der deutsche Gewerbetrieb von den Südslawen stets geschätzt wurden. Sehr reich ist Südslawien an mineralischen kohlenstoffhaltigen Quellen und an heilkräftigen Thermalbädern. Vor dem Krieg waren 250 Millionen Mark

deutsches Kapital in Serbien angelegt. Deutschland braucht die italienische und französische Konkurrenz nicht zu fürchten, wenn es rechtzeitig auf dem Plan erscheint. Den materiellen Vorteil wie die Gefühle der Achtung und Freundschaft zu fördern, soll die Aufgabe der deutsch-südslawischen Gesellschaft sein.

c) Die Beziehungen der Deutschen zur südslawischen Kultur.

Herman Wendel beleuchtete die engen Beziehungen der Deutschen zur südslawischen Kultur hin. Seit Obrenowitz, der im 18. Jahrhundert an deutschen Universitäten studierte, reißt der deutsche Faden in der serbischen Literatur nicht mehr ab. Ein klassisches Werk über die serbische Revolution hat Leopold von Ranke geschrieben. Schillers Werke sind wohl alle ins Serbische überfetzt. Es erheben sich im 19. Jahrhundert auch Klagen über den deutschen Einfluß in der serbischen Nationalliteratur. So stark wirkte die deutsche Dichtung auf serbische Dichter ein, daß diese zuerst mit deutschen Dichtungen an die Öffentlichkeit traten. Die Kroaten und Slowenen sind natürlich durch ihre frühere Zugehörigkeit zum Habsburger Reich noch in engere Beziehungen zur deutschen Kultur getreten. Bis vor 50 Jahren las die kroatische Oberstufe fast ausschließlich deutsche Bücher. Auch heute noch erscheint in Zagreb eine expressionistische Zeitschrift, die deutsche expressionistische Gedichte im Urtext bringt. Die Slowenen, die ein volles Jahrtausend im deutschen Kulturkreis gelebt haben, sind am engsten mit ihm verwachsen. Die Deutschen wollen sich niemandem aufdrängen, auch nicht als Schulmeister, aber sie sollten versuchen, die Südslawen mit eigenen Augen, nicht im österreichischen Spiegel zu sehen, umso mehr, als eines Tages doch die Verschmelzung Deutsch-Österreichs mit Deutschland kommen wird und sie dann direkte Grenz-nachbarn der Südslawen werden.

Die Sowjetisierung der Republik Georgien.

28. Die Arbeiterfrage.

A. Organisation der Arbeiterchaft.

(Fortsetzung.)

3. Der „Rat der produktiv-prof. Verbände“ (oberste Arbeiter-Rat). — Der Rat geht aus der Wahl der einzelnen Verbände hervor. Die Zahl seiner Mitglieder ist beschränkt, doch muß in ihm jeder Verband vertreten sein. Plenarsitzungen desselben finden reich: oft statt (wenigstens einmal monatlich). Die laufenden Angelegenheiten bejorgt das Präsidium. Die Tätigkeit des Rates ist eine sehr vielseitige, ja, man könnte fast sagen — allumfassende, entsprechend der Bedeutung, welche dem Proletariat, das doch in Sowjet-Georgien, ebenso wie in den anderen Sowjetländern, die Tatkraft ausübt, unbedingt zukommt. Und das um so mehr, als die Tätigkeit der „produktiv-professionellen Verbände“ als integrierender, mitbin wesentlicher Teil der gesamten staatlichen, kommunalen und sonstigen sozial-politischen Tätigkeit der nach kommunistischen Grundsätzen geordneten, oder noch zu ordnenden, Gesellschaft zu gelten hat. Aus dem letzteren Umstande, d. h. der kommunistischen Gesellschaftsordnung, heraus erklärt es sich auch, weshalb im Rat der „prod.-prof. Verbände“, genau so wie in der obersten Verwaltung des Landes, das kommunistische Element wenn auch nicht ausschließlich, so doch vorwiegend vertreten ist. In den Verwaltungen der einzelnen Verbände ist dieses Prinzip nicht so deutlich ausgeprägt, aber auch hier werden die kommunistischen Genossen bevorzugt, was die Wahlergebnisse meist ungewöhnlich bestätigen. — Was nun die Aufgaben des Rates angeht, so bestehen dieselben, wenn man von der oben (P. 2) erwähnten wichtigsten Aufgabe deselben, der gesamten Arbeitseinstellung der Verbände die Richtung zu geben, zur Betrachtung der nächstwichtigen übergeht: in der allseitigen Pflege und Erhaltung des Trägers dieser Arbeitseinstellung, d. h. des Arbeiters in eigentlicher, engeren Sinne und der Schär der sog. „Angelosten“ oder Arbeiter im weiteren Sinne, wengleich diese Aufgabe zum Teil von den Vorständen („Ältern“) der Verbände selbst zu lösen ist und in Wirklichkeit auch nach Möglichkeit gelöst wird. Raum ein Gesetz (Dekret, Verordnung etc.) ist in der Zeit vom 25. 2. bis auf den heutigen Tag erschienen, das nicht zuvor der Begutachtung des obersten Arbeiter-Rates unterlegen oder nicht gar seiner Anregung entsprungen ist, soweit es

sich auf die Förderung der Interessen der Arbeiterchaft bezieht. Diese direkte oder indirekte Beteiligung an der Gesetzgebung, vorläufig noch nicht betanct in einer verfassungsgemäßen Bestimmung (die Befassung der Sowjet-Republik Georgien ist noch nicht in Gesetzform niedergelegt), ist ein Vorzug, der der Arbeiterchaft, als der herrschenden Klasse (die Bezeichnung „Klasse“ rührt von Lenin selbst her, der neben ihr noch eine „Klasse“, die der Bauernschaft, gelten läßt), hüßschweigend eingeräumt wird und der aus dem Wesen der Diktatur folgt, die durch die Tatsache der Revolution begründet wird und in den Errungenschaften dieser seine Berechtigung findet. Daß der Rat der „produktiv-professionellen Verbände“ seine bevorzugte Stellung ausgiebig zum Besten der Arbeiterchaft ausnützt, dafür sprechen die weiter, in den Unterabteilungen B und C, angeführten Gesetze, dafür spricht seine in letzteren des öfteren erwähnte Mitwirkung bei Durchsetzung der Bevorzugung der Arbeiterchaft vor den übrigen, den sog. „nicht-verkaltigten“ Bevölgerungsklassen. — Am deutlichsten kommt aber die hervorragende Rolle, welche der oberste Arbeiter-Rat im innenpolitischen Dasein der Sowjet-Republik Georgien spielt, zum Ausdruck in dem den Verbänden im Gesetz betreffend Organisation der „Arbeiter- und Bauern-Inspektion“ direkt zugesandenen Recht auf die Führerschaft bei Zusammenfassung dieser Inspektion, dieses alle Behörden, Einzelelemente und sonstige Anteilstellen im georgianischen Staate erfassenden Kontrollapparats, vor dem — seiner Bestimmung und seiner Konstitution gemäß — nichts verborgen bleiben kann, und folglich auch nichts übersehen kann, was den Wünschen und Ansprüchen der Arbeiterchaft zuwiderläuft.

4. Die „Arbeiter- u. Bauern-Inspektion“ (oberste Kontrolle). — Die „Arbeiter- und Bauern-Inspektion“, ist in dem Dekret des Rev.-Komitees der S. S. R. Georgien Nr. 30, vom 27. April d. J., vorgehoben. Einer der wichtigsten Artikel des Gesetzes, Art. 14, lautet wörtlich: „Den prof. Verbänden steht das Recht zu, der Arbeiter- und Bauern-Inspektion Mitteilungen in motivierter, schriftlicher Form über Abberufung aus dem einen oder anderen Grunde der in dieselbe beobachteten Kandidaten, oder Ersetzung dieser durch andere Personen, zu machen“. Hiermit dürfte doch wohl gesagt sein, namentlich wenn man den Art. 14 im Zusammenhang mit den vorhergehenden, von den Wahlen in die „Inspektion“ handelnden Artikeln betrachtet, daß letzten Endes die Zusammenfassung dieses Regierungsgorgans von den Verbänden und durch sie von dem sie leitenden Zentral-Ausschuß, d. h. dem Rat der „prod.-prof. Verbände“ abhängt. Die „Arbeiter- und Bauern-Inspektion“ ist nach dem Gesetz (Art. 1) den Volkskommissariaten gleichgestellt, bedeutet aber im Grunde viel mehr, da sie mit der Zeit alle arbeitenden Massen umfassen soll (Art. 8), also, wenn man noch die gesamte Bauernschaft, deren Beteiligung an den Aufgaben der „Inspektion“ im Gesetz (ders. Art.) vorgehoben ist, dazu rechnet, die Vertretung so ziemlich des Gesamtwillens des georg. Volkes darstellt, soweit derselbe die Ueberwachung des Funktionierens der Staatsmaschine zum Gegenstand hat. Die Vierzählung der Obliegenheiten der „Arbeiter- und Bauern-Inspektion“ in den Art. 4 und 5 und der Rechte derselben, einschließl. des Rechtes, die Volkskommissare sogar bei ihren persönlichen Empfangen zu kontrollieren, beweist, daß nicht ein einziges Staatsgeschäft, nicht eine einzige staatliche Handlung ohne Zustimmung der „Inspektion“ besorgt werden kann. Ein näheres Eingehen auf die Bestimmungen des Gesetzes vom 27. April würde zu weit führen, es genügt aber zu bemerken, daß sie alle von dem nämlichen Geiste einer Universalkontrolle des sozial-politischen Lebens in Georgien durch die Arbeiterchaft und Bauernschaft getragen sind. Einen besseren Hüter der Interessen der Arbeiterchaft als die „Arbeiter- u. Bauern-Inspektion“ gdw. den hinter ihr stehenden obersten Arbeiter-Rat, der Rat der „prod.-prof. Verbände“ hätte sich keine Arbeiterchaft der Welt wünschen können.

(Fortsetzung folgt.)

Herausgeber: Der Z.-B. des Verbandes der transk. Deutschen. — Für die Redaktion verantwortlich: Cand. jur. Alexander Zufajeff, im Auftrage des Redaktionskomitees.